

Resolution der Delegierten- und Mitgliederversammlung des GEW Kreisverbandes Hameln Pyrmont zur Änderung des niedersächsischen Schulgesetzes

Der Kreisverband Hameln Pyrmont lehnt den überarbeiteten Entwurf zur „Eigenverantwortlichen Schule“ ab, weil er Kollegien, Eltern und Schülern Gestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten nimmt und die Machtstellung von Schulleiterinnen/Schulleitern stärkt. Die bisherige Zuständigkeit der GK zu allen wesentlichen Angelegenheiten der Schule (§34.1) wird beschränkt, der Schulleiter erhält die „Gesamtverantwortung für die Schule“ (§43,2.1) und entscheidet.

Die Mitglieder des KV empfinden diese Veränderungen als Versuch einer Bevormundung ihrer pädagogischen Kompetenz und sind empört, dass den Kollegien, den Eltern- und Schülervertretern viele Entscheidungsrechte, insbesondere die für eine pädagogische Weiterentwicklung der Schule in Konferenzen und Schulalltag entzogen werden sollen.

Die Mitglieder des KV wenden sich dagegen, dass die in PISA-Studien festgestellten Mängel des niedersächsischen Schulsystems zum Vorwand genommen werden, eine autoritäre Schulreform zu installieren, die über Abschlussprüfungen, Schulinspektion und sogenanntem Qualitätsmanagement der Schule eine „Output Steuerung“ überstülpt und Erziehung und Bildung den am Prozess Beteiligten entzieht. Kontrollen zum Zweck messbarer Lernerfolgsdaten führen zu einem Ranking der Schulen und stellen sie in Konkurrenz zueinander. Qualitätsmanagement soll privaten Anbietern übertragen werden können, Sponsoring soll eine neue tragende Säule bei der materiellen Absicherung von Schulen werden. Sponsoring verstärkt aber die ungleiche Entwicklung von Schulen und den sozialen Selektionsprozess. Die Gefahr, dass alleinverantwortliche, sich ohnmächtig fühlende bzw. mächtige Schulleiterinnen/Schulleiter z.B. über Fort- und Weiterbildungsbudgets, Einstellung von pädagogischen Mitarbeitern, einer solchen out-put orientierten Ausrichtung von Schule zuarbeiten, ist gegeben und kann nicht akzeptiert werden.

Wir möchten, dass Schule fördert und nicht selektiert, dass Schule demokratisch bleibt, dass Schule allein vom Staat durch die Steuereinnahmen materiell ausgestattet wird, dass alle Kinder die gleichen Chancen haben und die Idee der Emanzipation Vorrang hat.